

Dr. Stefan Kaufmann

- (A) *Landschaft verhindert werden. Auch der Bau der Neubaustrecke hat im Übrigen schon begonnen. Lassen Sie uns diese Strecke zügig vorantreiben.*

Zum Schluss möchte ich noch auf die städtebaulichen Vorteile für Stuttgart selbst eingehen. Ich halte es für richtig, dass die freierwerdenden Flächen dauerhaft dem Versuch von Grundstücksspekulationen entzogen werden. Eine umfassende Bürgerbeteiligung zur Gestaltung hat bereits begonnen. Es wird ein neues lebendiges Wohnquartier und eine Erweiterung des Schlossgartens um mindestens 20 Hektar geben. An den Nahverkehr wird das Quartier bestens angeschlossen. Schon heute sind die Vorarbeiten für neue U-Bahnlinien sichtbar.

Insgesamt überwiegen also die verkehrlichen und die städtebaulichen Vorteile des Projekts deutlich. Die Schlichtung hat erfreulicherweise auch dazu beigetragen, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sowohl in Baden-Württemberg als auch in der Region Stuttgart das Projekt inzwischen befürwortet, wie die repräsentativen Umfragen zeigen.

Ich darf Sie daher bitten, den Beschlussempfehlungen des Ausschusses zu folgen und alle vier heute zur Diskussion stehenden Anträge abzulehnen.

Ulrich Lange (CDU/CSU):

- (B) *Stuttgart 21 ist nicht nur für die baden-württembergische Landeshauptstadt, sondern für ganz Deutschland ein Leuchtturmprojekt. Es ist richtig, und es ist wichtig. Genauso richtig ist aber auch, dass im Vorfeld viel zu wenig auf die Bevölkerung eingegangen, die Bevölkerung bei diesem Großprojekt nicht mitgenommen wurde.*

Es ist das herausragende Verdienst von Heiner Geißler, dass es zu einer Befriedung, ja zu einer Versöhnung innerhalb der zerstrittenen Bevölkerung kam und eine Lösung gefunden wurde, obwohl kaum jemand eine Lösungsmöglichkeit sah. Insbesondere die Grünen hatten nicht damit gerechnet, dass es zu einer Lösung kam, und nur sehr wenige Grüne, wie der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, waren Demokraten genug, um das Schlichtungsergebnis zu akzeptieren.

Die Grünen hatten auf eine weitere Eskalation im Zusammenhang mit Stuttgart 21 gehofft, um weiter in der Gunst der Wähler zu steigen. Anschließend machte sich starke Enttäuschung breit, nicht weil die Bedeutung und die Richtigkeit von Stuttgart 21 bestätigt wurden, sondern weil es keine spektakulären Demos mehr gab, auf denen man sich als Aktivist gegen jeglichen Ausbau darstellen konnte. Deshalb werden jetzt Scheinanträge gestellt, um das Thema am Kochen zu halten. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie schüren innerhalb der Stuttgarter Bevölkerung bewusst Ressentiments, um die Spaltung in der Gesellschaft voranzutreiben, eine Spaltung, die die Schlichtung zum Glück beendet hat. Sie haben die von Ihnen geforderte Schlichtung durch Heiner Geißler erhalten. Akzeptieren Sie endlich das Ergebnis, beenden Sie Ihre Hetzkampagnen!

In der öffentlichen Wirkung wurden immer nur die Grünen als Gegner von Stuttgart 21 wahrgenommen. Nur die Grünen haben davon profitiert; die SPD ist in

der Bedeutungslosigkeit versunken. Lange Zeit hat die baden-württembergische SPD das Großprojekt mitgetragen. Als man sah, wie die Medien sich gegen das Projekt wandten, suchte man mit Händen und Füßen einen Grund, ebenfalls gegen den neuen Bahnhof sein zu dürfen. Man forderte eine Volksabstimmung, wohl wissend, dass das Land Baden-Württemberg gar nicht zuständig ist, wohl wissend, dass die Mehrheit der Baden-Württemberger für Stuttgart 21 ist. Hauptsache war, dass man endlich einen Grund gefunden hatte, zumindest für einen sofortigen Baustopp sein zu können. Sie haben recht, wenn Sie in Ihrem Antrag sagen, dass große Verkehrsinfrastrukturprojekte von der Unterstützung unserer Gesellschaft leben. Deshalb fand die Schlichtung statt, bei der alle Argumente pro und kontra dargelegt wurden. Geben Sie der DB AG doch die Zeit, den in der Schlichtung beschlossenen Stresstest durchzuführen und die Leistungsfähigkeit des kommenden Tiefbahnhofs zu beweisen!

*Wie nicht anders zu erwarten, wollten auch die Linken auf den Protestzug aufspringen. Der heute diskutierte Antrag zeigt, dass die Linken nicht bis zum Rand ihres Tellers blicken können, geschweige denn darüber hinaus. Es ist richtig, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann; aber es gibt in unserem Lande Zukunftsprojekte, die notwendig für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft, für unsere Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind. Dazu gehört der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur. Wir müssen unsere Wirtschaft am Laufen halten, wenn wir die sozialen Leistungen wie Hartz IV bezahlen wollen; denn jede Wohltat, die verteilt werden kann, muss erst verdient werden. Sie als Nachfolger der DDR-Diktatur wissen leider nicht, was (D) *Vorsorge für die Zukunft bedeutet. Sie haben es innerhalb weniger Jahrzehnte geschafft, die Wirtschaft in Ostdeutschland zugrunde zu richten, die Verkehrsinfrastruktur verrotten zu lassen. Dass Sie sich jetzt gegen den Bau zukunftsorientierter Maßnahmen wie Stuttgart 21 und den Neubau der Strecke Wendlingen–Ulm wenden, wundert eigentlich nicht wirklich.**

Die Schlichtung hat den verkehrlichen Nutzen von Stuttgart 21 bestätigt. Die dadurch bedingte höhere Leistungsfähigkeit hat mehrere offensichtliche positive Effekte:

Erstens Regionalverkehr: Der neue Durchgangsbahnhof wird in alle Richtungen verbunden. So ist kein Zug mehr gezwungen, zu wenden, und kann direkt Kurs auf seinen nächsten Haltebahnhof nehmen. Dadurch wird die Reisezeit verkürzt.

Zweitens Fernverkehr: Stuttgart ist mit den Städten Ulm, Augsburg und München über eine uralte Strecke verbunden, auf der teilweise nur 70 Stundenkilometer gefahren werden dürfen. Durch den Neubau der Strecke Wendlingen–Ulm wird künftig eine Hochgeschwindigkeitstrasse geschaffen, mit der Folge, dass die Fahrzeit von Stuttgart nach Ulm von 54 auf 28 Minuten nahezu halbiert wird.

Drittens. Die Fahrzeit bis München wird von derzeit über zweieinviertel Stunden – 139 Minuten – auf etwas mehr als eineinhalb Stunden – 102 Minuten – reduziert.

Ulrich Lange

- (A) *Viertens Güterverkehr: Durch die Neubaustrecke kommt es zu einer Entlastung der bestehenden Strecke, sodass dort zusätzliche Kapazitäten entstehen.*

Für die anwohnenden Schwaben wirkt sich der Ausbau auch direkt positiv aus. So kommt es zu einer deutlichen Verbesserung der Flughafenanbindung mit deutlicher Verkürzung der Reisezeiten aus den südlichen Landesteilen:

Von Tübingen zum Flughafen reduziert sich die Fahrzeit von 64 auf 35 Minuten – 29 Minuten Zeitgewinn. Von Reutlingen zum Flughafen reduziert sich die Fahrzeit von 75 auf 25 Minuten – 50 Minuten Zeitgewinn. Von Nürtingen zum Flughafen reduziert sich die Fahrzeit von 68 auf 11 Minuten – 57 Minuten Zeitgewinn. Von Horb zum Flughafen reduziert sich die Fahrzeit von 66 Minuten auf 33 Minuten – 33 Minuten Zeitgewinn.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Opposition, geben Sie Ihre Haltung als Dauerblockierer auf, steigen Sie ein in den Zug der Zukunft, und unterstützen Sie den Ausbau von Stuttgart 21 und der Strecke Wendlingen–Ulm! Die kommenden Generationen werden es Ihnen danken.

Ute Kumpf (SPD):

- (B) *Die heute zur Debatte stehenden Anträge sind in einer Phase entstanden, als die Stimmung in Stuttgart gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 hochkochte, als ein Teil der Bürgerschaft in Stuttgart sich aufgewühlt gegen die Pläne von Stadt, Bahn und Land stellte und rebellierte, als die Politiker als „Lügenpack“, „Mafiosi“ und „Kannibalen“ diffamiert wurden, als die politische Welt vereinfacht wurde in „Ihr da oben“ und „Wir da unten“.*

Die Gegner des Projektes Stuttgart 21 redeten über die gewählten Vertreter in den Parlamenten im Bund, im Land und in der Kommune, als seien wir alle Rosstäuscher und Berufsversager, die nichts Richtiges zustande bringen. Politiker und Experten wurden in einen Sack gesteckt, und es wurde kräftig draufgeschlagen. Stuttgart 21 wurde bundesweit zum Bürgerprotest schlechthin.

Angesichts dieser Entwicklung forderte die SPD im Land wie im Bund einen Volksentscheid über Stuttgart 21 und die Zustimmung zum Projekt, da dieser aufgewühlte Volkszorn nur auf diese Weise befriedet werden kann. Ein ungewöhnlicher Vorschlag, da das Projekt in den vergangenen Jahren alle parlamentarischen Hürden genommen hatte; denn Stuttgart 21 wurde bereits über zehn Jahre hinweg in den parlamentarischen Gremien von Stadt, Land und Bund debattiert. Rund 60 Alternativen wurden beleuchtet und wieder verworfen, ehe am Ende Stuttgart 21 als beste Variante übrig geblieben ist.

Die Eskalation im Sommer 2010 ist den politisch Verantwortlichen der Stadt Stuttgart und der schwarz-gelben Landesregierung zuzuschreiben – allen voran Oberbürgermeister Schuster und Ministerpräsident Mappus. Aber auch die Bahn trägt Mitschuld daran, dass sich der Protest gegen Stuttgart 21 aufschaukeln konnte. Sie sind für den Kommunikations-GAU verantwortlich. Sie haben sich lange auf die Zuschauertribünen zurückgezogen und den Kritikern das Feld überlassen, nach dem Muster: Wir haben ja die Beschlüsse, und das wird sich schon alles beruhigen.

- (C) *Wir haben ja die Beschlüsse, und das wird sich schon alles beruhigen.*

Mit einigen Aufklärungsveranstaltungen und Ausstellungen, so dachte man, seien die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger genug informiert. Diese Einschätzung war falsch. Es stellt sich aber auch die Frage, warum sich dieser massive Protest erst im Sommer 2010, als die Pläne längst beschlossen und bekannt waren, formierte? Kam der Protest angesichts der anstehenden Landtagswahlen im März 2011 vielleicht einigen gerade recht?

Der Vorschlag eines Volksentscheides wurde im Landtag Baden-Württemberg mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen abgelehnt. Stattdessen wurde die Schlichtung von Ministerpräsident Mappus als Lösungsweg präsentiert, als Notbremse nach dem indiskutablen und verheerenden Einsatz der Polizei am „schwarzen Donnerstag“.

- (D) *Die Schlichtung vor laufender Kamera trug zwar zur Entgiftung der aufgeheizten Stimmung bei, aber nicht zur Befriedung. Das Positive an dieser Form der Herstellung von Öffentlichkeit war: Ein Mythos wurde entzaubert. Es geht bei Stuttgart 21 nicht um Leben oder Tod. Es geht um ein Infrastrukturprojekt, und es geht um unterschiedliche Auffassungen, wie wir in Stuttgart und Baden-Württemberg Stadtentwicklung und Mobilität nachhaltig gestalten. Es geht darum, wie wir zukünftig mehr Verkehr von der Straße auf ein modernes europäisches Schienenverbundnetz bringen, wie wir die Verkehrsträger besser miteinander vernetzen und wie wir neugewonnene Fläche in Stuttgart zu einem hoffentlich nachhaltigen Innenstadtquartier entwickeln. Wir, das sind Stuttgart und Baden-Württemberg als leistungsstärkste Wirtschaftsregion Europas.*

Bei der Schlichtung sind Details und Expertenwissen zu einer höchstkomplexen Planung auf den Tisch gekommen, das öffentliche Interesse war riesengroß – Phoenix verzeichnete einen Zuschauerrekord.

Heiner Geißler hat in seinem Schlichterspruch vom 30. November 2010 eine Reihe von Kritikpunkten der Gegner aufgenommen, die bei der weiteren Planung und Durchführung des Projekts Stuttgart 21 berücksichtigt werden sollen. Schwachstellen wurden identifiziert, die beseitigt werden sollen. Das Projekt Stuttgart 21 soll baulich attraktiver, umweltfreundlicher, behindertenfreundlicher und sicherer gemacht werden. Im Klartext heißt das, aus Stuttgart 21 wird Stuttgart 21 plus.

Zum zentralen Ergebnis der Stuttgart-21-Schlichtung gehört der verordnete Stresstest. Die SPD unterstützt den Stresstest. Mit dieser Computersimulation muss die Deutsche Bahn die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs nachweisen. Sie muss zeigen, dass der im Bau befindliche Tiefbahnhof von Stuttgart 21 in der Spitzenstunde am Morgen bis zu 49 Züge abfertigen kann.

Beim Schlichterspruch und Stresstest dürfen Bahn, Land und Stadt keine politischen Spielchen treiben. Transparenz hat höchste Priorität.